

Revision des Baselbieter Finanzausgleichs Eine Alternative

Von Gerhard Schafroth



Heute funktioniert das so: Gibt sich eine Baselbieter Gemeinde besonders Mühe, durch attraktive Raumplanung und/oder durch besondere Dienstleistungen an die Einwohner gute neue Steuerzahler anzuziehen, muss sie pro zusätzlichem Steuerfranken 80 Rappen über den Finanzausgleich an die finanzschwachen Gemeinden abgeben.

Das kann es nicht sein, sagten sich die zehn Gemeinden Allschwil, Arlesheim, Biel-Benken, Binningen, Bottmingen, Nussdorf, Oberwil, Pfeffingen, Reinach und Schönenbuch und reichten eine Gemeindeinitiative ein mit dem Ziel, die finanzielle Belastung der «reichen» Gebergemeinden zu reduzieren. Aufgeschreckt durch einen möglichen Abstimmungskampf der meist «reichen» Unterbaselbieter gegen die meist «armen» Oberbaselbieter Gemeinden, hat Regierungsrat Lauber letzten Freitag eine umfangreiche Reform des kantonalen Finanzausgleichsgesetzes vorgestellt. Dabei geht es um Themen wie «Abschaffung der kumulierten Sonderlastenabgeltung» und ähnliches.

Mit der Korrektur zahlloser Details an einem hochkomplexen System sehen wir vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr. Und vor allem: Wir vergeben uns die Möglichkeit, das Finanzausgleichssystem grundsätzlich zu hin-

terfragen und neu zu gestalten. Eine entsprechende Alternative dieser Reform könnte folgendermassen aussehen:

Wir definieren die von allen Gemeinden zu erbringenden minimalen Leistungen und geben jeder einzelnen Leistung einen Standardpreis. Ein Beispiel: Aus der Abgeltung der Übertragung des sechsten Primarschuljahres vom Kanton an die Gemeinden im Rahmen von Harnos wissen wir, dass ein Primarschüler in Sissach pro Jahr durchschnittlich 12041 Franken und in Augst durchschnittlich 34810 Franken kostet.

So legen wir nun die Standardkosten pro Primarschüler auf die Durchschnittskosten von 15949 Franken fest. Gleich verfahren wir mit allen anderen Gemeindedienstleistungen, wie die Kosten pro Kilometer Gemeindestrasse, die Kosten pro Altersheimbewohner usw. Zählen wir anschliessend die Standardkosten aller Leistungen der Gemeinde zusammen und vergleichen diese mit dem Steuerertrag bei durchschnittlichem Steuersatz, so erkennen wir den durchschnittlichen zusätzlichen Finanzbedarf oder Finanzüberschuss. Dieser kann nun zu einem gewissen Prozentsatz unter den Gemeinden ausgeglichen werden.

Unternehmerisches Denken

Dieses Konzept hat gegenüber dem vorgeschlagenen Finanzausgleichssystem folgende wesentlichen Vorteile:

1. Hinter den Berechnungen dieses neuen Finanzausgleichs steht ein einfacher Grundgedanke: Die Gemeinden

sollen bei der Erbringung ihrer Dienstleistungen finanziell unterstützt werden, haben aber weiterhin die Freiheit, einzelne Leistungen kostengünstig oder sehr teuer zu produzieren, wie etwa Augst mit seinen Primarschulen. Dies müssen dann die Steuerzahler über den Gemeindesteuersatz ausgleichen.

Umgekehrt werden Gemeinden für die kostengünstige Erstellung ihrer Dienstleistungen belohnt und erhalten damit einen grösseren finanziellen Spielraum. Das unternehmerische Denken und Handeln wird so belohnt.

«Es entfällt der Verteilungskampf zwischen «armen» und «reichen» Gemeinden.»

2. Es entfällt der Geldverteilkampf zwischen «armen» Oberbaselbieter und «reichen» Unterbaselbieter Gemeinden zugunsten der systematischen Förderung kostengünstiger Dienstleistungen aller Gemeinden für ihre Einwohner. Gewinner einer solchen Effizienzsteigerung sind alle Gemeinden und damit indirekt der Kanton als Ganzer.

3. Wir konzentrieren uns nicht mehr auf die «Betriebsfinanzierung» der Gemeinden, sondern auf die möglichst günstige Erbringung von Gemeinde-Dienstleistungen.

Diese Reform des Finanzausgleichs erzeugt Druck auf die Gemeinden und führt automatisch dazu, dass jede Gemeinde nach kreativen und innovativen Lösungen suchen muss, um ihre

Dienstleistungen möglichst kostengünstig und effizient «produzieren» zu können. Ein ähnliches Modell kennen wir heute im Gesundheitswesen mit der Fallpauschale. Mit diesem Modell wäre die vom Regierungsrat vorgeschlagene neue Verwaltungsebene der Gemeinde-Regionen, die primär Kosten verursacht und keine Effizienzsteigerung bringt, schlicht überflüssig.

Kanton muss nachziehen

4. Wenn sich die Gemeinden als Folge der Neuausrichtung des innerkantonalen Finanzausgleichs noch stärker als bisher auf die möglichst effiziente und kostengünstige Erbringung ihrer Dienstleistungen konzentrieren, wird die gleiche Neuausrichtung auch der kantonalen Verwaltung nicht lange auf sich warten lassen. Schnell wird sich – wie heute schon bei den Steuererklärungen – die Frage stellen, ob eine bestimmte Dienstleistung durch den Kanton oder die Gemeinden effizienter «produziert» werden kann. Damit entsteht ein Druck auf den Kanton, seine Leistungen ebenfalls zu optimieren, um mit den Gemeinden mithalten zu können.

Wir haben es jetzt in der Hand, durch eine Neuausrichtung der Reform des innerkantonalen Finanzausgleichs eine grundsätzliche Effizienzsteigerung und Kostensenkung der Verwaltung von Gemeinden und Kanton im Baselbiet zu erreichen.

Gerhard Schafroth ist Landrat, Mitglied der Grünliberalen Liestal, Steuer- und Finanzspezialist und Mitglied der Finanzkommission des Landrates.

Birsfeldens Sparpaket steht

Wirkung bleibt unklar

Von Joël Hoffmann

Birsfelden. Birsfelden wird auch nächstes Jahr nicht aus den roten Zahlen kommen. Die Gemeinde geht von einem Defizit von 2,7 Millionen Franken aus. Der Gemeinderat hat bereits an der Gemeindeversammlung im Juni ein schmerzhaftes Sparpaket angekündigt. Nun liegt die Version vor, über welche die Einwohner an der nächsten Gemeindeversammlung im Dezember im Rahmen der Budgetdebatte diskutieren werden.

Aus dem Sanierungspaket gefallen ist einer der umstrittensten Punkte: die Schliessung des Hallenbades. Zwar kann die Gemeindeversammlung diese immer noch beschliessen, doch dass es so weit kommt, ist unwahrscheinlich. Die Gemeinde will über andere Wege, wie etwa höhere Eintrittspreise, die Rechnung entlasten.

Doch wie soll die Gemeinde ihr strukturelles Defizit von bis zu 4,5 Millionen Franken abbauen, um ab 2018 eine schwarze Null zu erreichen? Die Antwort ist so simpel, wie umstritten: Stellenabbau. Um insgesamt 955 Stellenprozentente soll die Verwaltung auf 6361 Stellenprozentente schrumpfen. Dass dies ohne Kündigungen nicht geht, ist bekannt. Zwei Werkhofarbeitern wurde gekündigt. Wie die verbleibenden Werkhofmitarbeiter die Gemeinde sauber halten können, wird momentan noch abgeklärt. Zur Diskussion steht beispielsweise, dass die öffentlichen Mistkübel nicht mehr so oft geleert werden wie bisher.

Einen Abbau gibt es auch beim Kundenservice auf der Verwaltung. Bei den Einwohnerdiensten werden 40 Stellenprozentente abgebaut. Das führt dazu, dass die Schalteröffnungszeiten und die Erreichbarkeit der Telefonzentrale um etwa ein Drittel reduziert werden.

Unklare Einnahmen

Gekündigt haben drei Mitarbeiter bei den Sozialen Diensten, die für den Kinderschutz zuständig sind. Die Gemeinde müsste dort aber wieder drei Personen anstellen, falls die geplante Auslagerung nicht günstiger wird. Noch läuft die Ausschreibung für die Auslagerung, der Ausgang ist also offen. Ebenfalls aus dem Gemeindebudget ausgelagert werden sollen die Jugendarbeit und das Jugendhaus Lava. Offerten sind bereits eingegangen und werden geprüft.

Doch etwa die Hälfte des Sanierungspakets sind geplante Mehreinnahmen. Die Gemeinde hofft auf neue, gute Steuerzahler. Die Stadtentwicklung ist im Gange, bei der sich die Bürger beteiligen können. Ein neuer Vorschlag ist, dass Familiengärten einer Wohnüberbauung weichen sollen, was in der Vergangenheit nicht mehrheitsfähig war.

Ebenfalls ungewiss ist, ob Birsfelden künftig an den Gewinnen der Rheinhäfen beteiligt wird. Die Motion von Gemeindepräsident und FDP-Landrat Christof Hiltmann ist noch hängig. Er sei in Verhandlungen mit dem Regierungsrat. Resultate erwartet er bis Ende Jahr. Je nach Verdikt des Regierungsrates wird Hiltmann mehr oder weniger intensiv für seine Motion weibeln.

Raiffeisenbank prüft Fusion

Kein Personalabbau geplant

Liestal/Gelterkinden. Die Raiffeisenbank Oberbaselbiet und die Raiffeisenbank Liestal prüfen einen Zusammenschluss. Das meldet *OnlineReports*. Die Fusion soll an der Generalversammlung des kommenden Jahres traktandiert werden. Dies gehe aus einem Schreiben an die Genossenschafter hervor. Das Ziel sei der langfristig höchstmögliche Nutzen für die Mitglieder und Kunden. Als Hauptsitz sei Liestal vorgesehen. SVP-Nationalrat Thomas de Courten sagt als Präsident der Raiffeisenbank Oberbaselbiet gegenüber dem Internetportal, dass es keinen akuten Grund für die Fusion gebe. Ein Personalabbau sei «nicht vorgesehen», da die Bank weiterhin ihren «Fokus auf Kundennähe» richten wolle. *dis*

«Eine Zeitbombe, die ständig tickt»

Naturschützer wollen Kleintierpopulationen im Baselbiet weiter vor dem Aussterben bewahren

Von Tobias Gfeller

Lausen. Susanne Bréchet, Geschäftsführerin des Basellandschaftlichen Natur- und Vogelschutzverbands (BNV) bezeichnete sie als «Sympathieträger», die jeweils den «Jöo-Effekt» auslösen. Doch damit wollte sich am Samstag der BNV in Lausen an seiner Herbsttagung nicht aufhalten. «Heute geht es um handfeste Umsetzungsstrategien, wenn es um die Artenförderung geht», so Bréchet.

Der Feldhase, die Tag- und Nachtfalter und der Steinkauz haben es in der Region Nordwestschweiz schwer. Ihre Lebensräume sind bedroht, ihre Anzahl und ihre Vielfalt sind in den vergangenen Jahrzehnten geschrumpft. Diesen Tendenzen widersetzen sich engagierte Umweltschützer. In jahrelangen und umfangreichen Projekten versuchen sie, die Kleintiere in der Region zu fördern.

Das bekannteste unter den drei vorgestellten Projekten ist «Hopp Hase», das Pro Natura Baselland, der BNV und die Baselbieter Jäger 2005 lancierten. «Hopp Hase» folgte auf die ersten Versuche der Baselbieter Jäger in den 1990er-Jahren, das äusserst selten gewordene Tier wieder zu fördern. Doch dies gestaltete sich schwieriger als erwartet. «Wir mussten zuerst sehr viel lernen», gab Projektleiter Darius Weber zu. Theorien, weshalb die Populationen im 20. Jahrhundert dermassen zurückgingen, gab es viele. Wie man aber diesem Trend am erfolgreichsten entgegenwirkt, dafür gab es keine konkreten Lösungen. «Hopp Hase» wurde auf zehn Jahre angesetzt, um sich auch die Zeit für den nötigen Lernprozess zu geben. Dieser wurde in enger Zusammenarbeit mit den Landwirten in Angriff genommen.

Viele Arten gerettet

Nach fünf Jahren Forschung war klar, dass das Problem bei den Junghasen angepackt werden muss. «In den ersten paar Wochen liegen die Jungtiere nur da», beschreibt Darius Weber. Das Wetter, Landmaschinen und Raubtiere sind ihre grössten Feinde. «Es galt, Lebensräume zu schaffen, in denen sie sich diesen widersetzen können.» Die verantwortlichen Umweltschützer und die Landwirte realisierten, dass sich



Selten geworden. Kleintiere wie Steinkauz und Tagfalter brauchen geeigneten Lebensraum. Fotos Hansruedi Schudel, Stefan Birrer

Junghasen in locker gesäten Getreideweiden und in Brachen innerhalb von Kulturland am besten entwickeln können. Darius Weber stellte mehrfach klar, dass es nicht die Idee sein könne, die Verhältnisse in der Landwirtschaft wiederherzustellen, wie sie vor Jahrzehnten herrschten. Es gelte, mit den heutigen Methoden für den Schutz der Junghasen zu sorgen.

Auch beim Tagfalterschutz steht die Pflege des geeigneten Lebensraums im Zentrum, wie Andreas Erhardt, Präsident von «Tagfalterschutz Baselland», an der Herbsttagung erläuterte. «Wir wollen die langfristige Vielfalt sichern.» Die Abnahme der Populationen bezeichnete Erhardt als «Zeitbombe, die stetig tickt». Die Anstrengungen des Tagfalter-Schutzprogrammes im Baselbiet waren intensiv. Rund 300 000 Franken wurden investiert. Um die für Schmetterlinge wertvollen Gras- und Blumenlandschaften wiederherzustel-

len, wurden sogar Bäume weggefliegen und Pflanzungen nachgezüchtet. Für Andreas Erhardt ist klar: «Die grössten Erfolge im Tagfalter-Schutzprojekt erreichten wir mit Lebensraumaufwertungen. Das sind die wirklich essenziellen Massnahmen.» Die meisten der gefährdeten Arten konnten so wieder gefördert und vom Aussterben im Baselbiet bewahrt werden. Als nächstes nähme das Programm Böschungen in Angriff, die unter keinem wirtschaftlichen Druck stünden, für die Tiere und Pflanzen aber sehr wertvoll sein könnten.

Jura und der Rhein als Hindernis

Die Artenförderungsprogramme sind unter den Kleintieren sehr verschieden. Doch eines haben sie alle gemeinsam. Schlussendlich geht es um den Schutz ihrer Lebensräume. Dies weiss auch Françoise Schmit, Projektleiterin des Steinkauz-Programmes. Um



endlich wieder einmal ein Brutpaar in der Nordwestschweiz anzusiedeln, wurden in den vergangenen Jahren grosse Anstrengungen unternommen. «Wir setzen stark auf die Möblierung der Landschaft. Wir wollen Strukturen als Verstecke, Nischen, Brutmöglichkeiten und Futterplätze schaffen.» Dafür wurden rund elf Hektaren Land aufgewertet.

Zudem wurden fast tausend Hochstamm-Obstbäume gepflanzt. Das Steinkauz-Programm kann bereits beträchtliche Erfolge vorweisen. So vermehrten sich im Elsass, in Baden-Württemberg und im Raum Lörrach die Anzahl Brutpaare markant. Aus dem Raum Ajoie über den Jura in die Nordwestschweiz oder aus Deutschland und Frankreich über den Rhein hatte es bis anhin aber noch kein Brutpaar geschafft. Françoise Schmit und ihr Team werden in den kommenden Jahren aber weiterhin daran arbeiten.